

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 98/99
Telefax: 8 66 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Hans Kremendahl zum
Wahlergebnis der Berliner
SPD: Erfolg und Verantwor-
tung.

Seite 1

Prof. Klaus-Dieter Osswald
MdB zum zehnten Jahrestag
der Rückkehr von Khomeini
in den Iran: Große Hoffnun-
gen - bitteres Erwachen.

Seite 3

Dokumentation:

Egon Bahr stellte das neue
Buch des Bonner DDR-For-
schers Dr. Wilhelm Bruns
„Von der Deutschlandpolitik
zur DDR-Politik?“ vor. Seine
Ausführungen im Wortlaut
(Teil I).

Seite 4

44. Jahrgang / 22

31. Januar 1989

Erfolg und Verantwortung

Zum Wahlergebnis der Berliner SPD

Von Dr. Hans Kremendahl
Landesgeschäftsführer der Berliner SPD

Mit 37,3 Prozent der Stimmen errang die SPD bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin einen überraschenden, kaum für möglich gehaltenen Erfolg. Der Erfolg wiegt umso schwerer, als den 4,9 Prozent Gewinn der SPD das Absacken der CDU von bisher 46,4 auf 37,8 Prozent und das Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde mit 3,9 Prozent gegenübersteht. Die Alternative Liste legte noch einmal zu und errang 11,8 Prozent der Stimmen. Sensationell ist das Einziehen der rechtsextremen ‚Republikaner‘ ins Abgeordnetenhaus mit einem Stimmenanteil von 7,5 Prozent.

Mit je 56 Mandaten sind die Fraktionen von SPD und CDU gleich stark, die AL stellt 17, die ‚Republikaner‘ elf Abgeordnete.

Dieppgen und die CDU haben ihre Quittung gleich in doppelter Hinsicht bekommen. Sie bekamen sie für die Arroganz der Macht und ihren ganz auf die Person des Regierenden Bürgermeisters zugeschnittenen Wahlkampf. „Ihn will Berlin also nicht“, das ist die Antwort der Wählerinnen und Wähler. Zum anderen konnte der CDU-Wahlkampf die inhaltlichen Fehlleistungen von Senat und Bundesregierung nicht übertünchen: Gesundheitsreform, aktuelle und dramatische Wohnungsnot in Berlin, 98.000 Arbeitslose, ein Flächennutzungsplan, der mehr Beton als Grün bringt, und zum Schluß ganz aktuell der Skandal um den Berliner Verfassungsschutz und die Krisensituation an Schulen und Hochschulen - das waren die Themen, die die Menschen bewegten und das hat den eklatanten Vertrauensverlust von CDU und FDP bewirkt.

Insofern ist das Wahlergebnis ein klares Votum für eine andere, gerechtere Politik. Die ‚Republikaner‘ haben ihr Stimmergebnis mit dem Appell an den ‚inneren Schweinehund‘ erzielt. Die Ausländerfrage stand im Mittelpunkt ihrer Agitation. Hier ist eine Saat aufgegangen, die nicht zuletzt vom rechten CDU-Flügel gesät

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verstärkte Einlage
mit einem roten
Recycling-Papier



worden ist. Der Schlußappell des CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer, seine Partei zu wählen, da die 'Republikaner' chancenlos seien, fruchtete nicht. Im Gegenteil: Er hat noch Wasser auf die Mühlen der Republikaner geleitet.

In keiner denkbaren Konstellation können und dürfen die Republikaner eine Rolle spielen. Sie sind eine rechtsextreme antidemokratische Partei und für Demokraten nicht verhandlungsfähig. **Not tut etwas ganz anderes:** Das Eintreten für eine vernünftige integrative Ausländerpolitik muß auch von der SPD offensiver vertreten werden. Die Wählerinnen und Wähler der Republikaner müssen im geduldrigen Dialog von einer anderen Haltung überzeugt werden. Ein energisches Anpacken der sozialen Probleme der Stadt, vor allem der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit, wird ein übriges tun, um dieser extremen Partei den Nährboden zu entziehen.

Die Berliner SPD hat einen großen Erfolg errungen. Vor ihr liegt jedoch auch eine schwere Verantwortung. Ohne die SPD geht in Berlin nichts mehr.

Wir sind ohne Koalitionsaussage in diesen Wahlkampf gegangen. Unser Wahlziel: 'Eine starke SPD für Berlin' ist erreicht worden, und wir sind bereit, mit den beiden außer uns im Abgeordnetenhaus vertretenen demokratischen Parteien - CDU und AL - in Sachgespräche einzutreten über die Realisierbarkeit einer anderen Politik für Berlin. Es ist zu früh, über Koalitionen oder Konstellationen zu spekulieren. Natürlich werden diese Fragen jetzt häufig gestellt. Aber uns geht es um die Sache: Wir wollen eine Bundesratsinitiative zur Rücknahme der Gesundheitsreform. Wir wollen einen Mietenstopp, die Wiedereinführung der Mietpreisbindung und den Neubau von Sozialwohnungen. Wir wollen einen grünen Flächennutzungsplan und den Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen energische Initiativen zur Gleichstellung von Frauen und Männern und eine ressortübergreifende Gleichstellungsstelle beim Regierenden Bürgermeister. Wir wollen unser Programm 'Arbeit und Umwelt' verwirklichen und den Kampf der Gewerkschaften um beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzungen unterstützen.

Wir wollen mehr Bürgernähe der Verwaltung, mehr direkte Demokratie und mehr innere Liberalität: Durch eine grundlegende Reform und effektivere Kontrolle des Verfassungsschutzes und durch die Beendigung einer Politik, die die Polizei zum Büttel für politische Fehlleistungen mißbraucht. Wir wollen mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Berliner Schulen und keine Stundentafelkürzungen aus Anlaß der notwendigen Lehrerarbeitszeitverkürzung, und wir wollen eine Novellierung von Hochschulrahmengesetz und Berliner Hochschulgesetz, damit an den Berliner Hochschulen wieder vernünftige Mitbestimmung geschaffen wird. Die Studienbedingungen müssen verbessert werden, BAFÖG muß wieder als Zuschuß gezahlt werden und die studentische Wohnraumnot ist durch sofortige energische Maßnahmen zu beseitigen. Mit anderen Worten: Der Berliner SPD geht es um die Sache, um ihr Programm. Ziel der Gespräche mit den anderen Parteien ist auszuloten, ob es eine tragfähige Lösung für die Verwirklichung einer solchen Politik gibt.

Nur vor einem solchen Hintergrund kann über Konstellationen sinnvoll diskutiert und entschieden werden. Dabei bleibt die Berliner SPD der Garant für eine stabile Berlinpolitik: Eine zweite Phase der Entspannungspolitik muß zum Interessenausgleich mit der DDR führen. Grundlage für Berlin ist der Status der Stadt mit den Rechten der alliierten Schutzmächte. Die Rechtseinheit mit dem Bundesgebiet, was die Übernahme von Bundesgesetzen durch das Abgeordnetenhaus bedingt, die Aufrechterhaltung und Garantie des staatlichen Gewaltmonopols und einer Politik, die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit zur Grundlage macht.

(-/31.1.1989/va-he/rs)

Große Hoffnungen - bitteres Erwachen

Zum zehnten Jahrestag der Rückkehr von Khomeini in den Iran

Von Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB

Sprecher der SPD-Fraktion in der Parlamentarischen Vereinigung euro-arabische Zusammenarbeit

Am 1. Februar vor zehn Jahren war der denkwürdige Tag, an dem Ajatollah Khomeini aus seinem Pariser Exil in den Iran zurückkehrte. Alle Welt erhoffte sich damals von diesem Ereignis, daß es von nun an in Persien wieder mehr Freiheit und Gerechtigkeit geben würde als in den Jahren des Schah-Regimes davor. Besonders in der Sozialdemokratie war die Hoffnung auf eine politische Erneuerung groß. Lange Jahre gab es in der SPD eine praktische Solidarität mit denjenigen Kräften im Iran, die sich unter Lebensgefahr gegen das ungerechte Polizeistaatsregime Reza Pahlewis stellten. In der Linken war der persische Geheimdienst SAVAK ein Synonym für Unterdrückung, Folter und Mord an der demokratischen Opposition.

Dem greisen Ajatollah Khomeini wurde damals ein Vertrauensvorschuß entgegengebracht, der eher aus dem Gefühl kam und sachlich kaum zu rechtfertigen war. Erste Irritationen kamen zwar bald auf, wurden aber fleißig verdrängt, als langsam sichtbar wurde, daß es die Mullahs doch nicht so ernst mit der Demokratie meinten, wie dies von außen erhofft wurde. Man glaubte viel zu lange, daß die liberaleren und religiös weniger fanatisierten Politiker wie Bani Sadr und andere das Land nach den unvermeidlichen Revolutionswirren schon rechtzeitig in den Griff bekommen würden.

Weit gefehlt! Was kam, war eine neuerliche Gewaltherrschaft, die alles, was sich ihr in den Weg stellte, eliminierte - diesmal unter religiös fundamentalistischen Vorzeichen. Der Rückschritt auf allen Gebieten war total, selbst die positiven Neuerungen, die es in der Schah-Zeit ohne Zweifel auch gegeben hatte, wurden aufgehoben. Dann kam der Golf-Krieg, der zwar eindeutig vom Irak vom Zaun gebrochen wurde, der aber Khomeini nur zu gelegen kam, um für den wachsenden innenpolitischen Druck eine außenpolitische Rechtfertigung zu haben. Was dann über Jahre blieb, ist mit dem gesunden Menschenverstand kaum zu erfassen. Millionen von Menschen wurden dem Wahn eines alten Mannes geopfert, der seinen Erzfeind zum „Teufel“ erklärte und den er ohne Rücksicht auf die eigenen Verluste zerstören wollte. Selten hatte das alte Marx-Wort von der „Religion als Opium des Volkes“ soviel Berechtigung wie in diesem Krieg. Erst der Tankerkrieg, die fehlende Unterstützung irgendeiner Supermacht und die menschenverachtenden Giftgaseinsätze des Irak zwangen den Iran dann militärisch in die Knie.

Aber nicht nur innenpolitisch erwies sich Khomeini als ein böses Erwachen. Fast noch folgenschwerer ist sein Einfluß als Treibsatz für die Ausbreitung eines militanten Fundamentalismus in der gesamten islamischen Welt. Die scheinheilig in den Libanon als solidarische Hilfe gegen Israel geschickten Pasdaran erwiesen sich bald als fünfte Kolonne Theherans, die im ohnehin politisch zerrissenen Libanon das Chaos noch verstärkten und heute sogar von den ebenfalls schiitischen Amal-Milizen aufs schärfste bekämpft werden. Der Libanon ist jedoch nur die Spitze des Eisberges der Einmischung. Der geistige Einfluß des Fundamentalismus fiel auch in anderen arabischen Ländern auf fruchtbaren Boden. Seine destabilisierende Wirkung bekommen sowohl konservative Monarchien und Militärdiktaturen, als auch die mehr oder weniger demokratischen Regierungen vom Atlantik bis zum Indus zu spüren.

Kein Mensch in der islamischen Welt redet mehr vom „arabischen Sozialismus“, was immer dessen Propagandisten Nasser und andere sich auch darunter vorgestellt hatten. Nicht aber das Scheitern der verschiedenen sozialistischen Experimente gaben dem Fundamentalismus Auftrieb, es waren die scheinbar einfachen Lösungen, die ihn attraktiv machten, seine klaren Feindbilder und seine Heilsversprechen im Jenseits.

Aus sozialdemokratischer Sicht sind die gesellschaftlichen Auswirkungen des Fundamentalismus überwiegend abzulehnen. Dies gilt für die unselige Vermischung von Religion und Politik genauso, wie für seine antiemanzipatorischen Gesetze, die unseren Grundwerten von Freiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau und sozialer Gerechtigkeit in vielen Bereichen diametral entgegenstehen.

Es ist zu hoffen, daß das Pendel in der Nach-Khomeini-Zeit wieder in Richtung Normalität zurückschwingt und daß der Iran wieder ein kalkulierbares Mitglied der Völkergemeinschaft wird.
(-/31.1.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION**Egon Bahr: Nicht träumen, sondern weiter das Mögliche tun**

(Teil I)

Egon Bahr stellte am Montag in Bonn das neue Buch des Bonner DDR-Forschers Dr. Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung, „Von der Deutschlandpolitik zur DDR-Politik?“ vor. Er machte dabei Ausführungen, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Als Wilhelm Bruns mich gefragt hat, ob ich bereit wäre sein Buch vorzustellen, war ich sehr skeptisch. Ich wollte erst einmal das Manuskript sehen. Außerdem war ich skeptisch, weil über die DDR, die Bundesrepublik und die Beziehungen zwischen den beiden Staaten inzwischen eine ganze Bibliothek geschrieben worden ist. Ich habe daran gezweifelt, natürlich nur innerlich, ob es denn zu schaffen sei, dem etwas hinzuzufügen, was eine Vorstellung lohnt. Das Ergebnis sehen Sie beziehungsweise Sie werden es hören.

Um es vorweg zu nehmen: Wer sich über die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten orientieren will, wie es dazu gekommen ist, was seit dem Grundlagenvertrag geschehen ist und was sich daraus an Möglichkeiten und Problemen ergibt, der braucht die Bibliothek nicht zu lesen; dieses Taschenbuch reicht völlig aus, unter Umständen sogar für Minister. Außerdem ist es angenehm unpolemisch und sachlich. Kritisch gegenüber Ost-Berlin wie Bonn, mit der richtigen Gewichtsverteilung, daß wir uns auf das konzentrieren, was wir selbst tun oder unterlassen können oder wollen.

Es hält also den Kriterien stand, die man an einen Autor anlegen kann, der wissenschaftliche Qualität beansprucht als Leiter der außenpolitischen Abteilung und der DDR-Forschung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, der mit dem Thema der UNO-Politik der DDR in Hamburg promoviert hat, beim Londoner Institut für strategische Studien Mitglied ist und einige Male die SPD bei Konferenzen oder Parteitagen in Ost-Berlin vertreten hat. Daß es außerdem gar nicht langweilig ist, liegt gleichermaßen am Autor wie an der Materie. Damit könnte ich meine Einführung schließen, vielleicht noch hinzufügen, daß mein Arbeitsexemplar einen festen Platz in meiner Handbibliothek gefunden hat. Aber da es sich nicht gehört, den eingeladenen Gästen nur das Maul zu wässern, sondern ihnen auch etwas zu kauen zu geben, möchte ich einige Bemerkungen anschließen.

Bruns unterscheidet bei der Frage, wie es denn für die Perspektiven der deutsch-deutschen Politik aussieht, zwischen einer Kontinuitätslinie, die gleichzeitig die Normalisierung beinhaltet und der Diskontinuität, also der Wiedervereinigungslinie und sagt, daß theoretisch beide Ansätze denkbar wären. Die Normalisierung ist die Fortsetzung dessen, was im Grundlagenvertrag steht. Also die Organisation des Nebeneinander der beiden deutschen Staaten, die danach suchen sollten, auf möglichst vielen Gebieten zu einem Miteinander zu kommen; es ist die Linie, die die gegenwärtige Bundesregierung in ihrer Praxis verfolgt, nicht ohne Früchte dieser Realitätsbezogenheit zu ernten, die allen schmecken.

Die andere Linie wäre eine bewußte auf Wiedervereinigung gerichtete Politik. Niemand kann übersehen, daß es eine solche Politik nicht gibt. Sie wäre wirklich neu. Sie würde eine Wende verlangen. Diese Wende gibt es nicht. Es kann sie nicht geben, weil alle Beteiligten sie für aussichtslos halten. Der Kanzler hat eben erklären lassen, daß er bei der Vollendung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes nicht beabsichtigt, eine Vorbehaltsklausel zur deutschen Wiedervereinigung zu machen. Er hat damit sogar recht. Denn eine papierene Klausel würde nichts ändern. Er hat auch nicht vor, den zentralen Platz, den die deutsch-sowjetischen Beziehungen in unserer Politik einnehmen sollen, von einem Bekenntnis der Sowjetunion zum Ziel der deutschen Wiedervereinigung abhängig zu machen. Das wäre auch Unsinn. Wer Derartiges wollte, brauchte Gorbatschow erst gar nicht einzuladen. Er würde auch gar nicht kommen, wenn man ein solches Ansinnen an ihn stellte. Die Wiedervereinigungslinie in der praktischen Politik findet nicht statt.

Hier deckt sich westliches Interesse mit dem Interesse der Bundesregierung ebenso wie mit östlichem Interesse, sogar dem Interesse der DDR. Zwischen Washington und Moskau, Paris und Warschau, Bonn und Ost-Berlin gibt es viele aktuelle Probleme; das deutsche gehört nicht dazu. Da sind sich alle einig. Und keine Regierung leidet darunter oder möchte das ändern. Bruns zitiert die Äußerungen des sowjetischen Botschafters Kwizinski auf einem sicherheitspolitischen Kongreß der CDU im letzten April: „Je fester die Bundesrepublik im westlichen Bündnis verankert ist, desto stabiler sind die bestehenden territorialpolitischen Strukturen in Europa und diese Strukturen haben uns allen vierzig Jahre Frieden in Europa gebracht. Sie dürfen nicht aufgegeben werden.“ Das ist eine schöne Formulierung; sie ist zudem ehrlich. Sie drückt das Interesse der Sowjetunion an der fortgesetzten und weiterentwickelten Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in westliche Organisationen wirtschaftlich, politisch, militärisch aus; das ist nicht nur die Realität, es erspart der Sowjetunion auch eine ernsthafte Befassung mit der sogenannten deutschen Frage und beruhigt die DDR.

Wenn statt dessen die CDU formuliert, daß die Wiedervereinigung vordringlichste Aufgabe unserer Politik bleibt, so ist das reine Heuchelei. Niemand braucht es ernst zu nehmen; die es sagen, nehmen es auch nicht ernst. Man glaubt, Lippenbekenntnisse an Großvater Adenauer nötig zu haben und riskiert dabei, die eigene Glaubwürdigkeit immer weiter zu demontieren.

Aber wenn sich schon in der praktischen Politik der Bundesrepublik Deutschland der Ansatz auf eine Wiedervereinigungslinie nirgendwo erblicken läßt, so ergibt sich natürlich die Frage nach der Option, die offengehalten werden soll. Nun, ich glaube, mich als einen der Väter der deutschen Option bezeichnen zu dürfen. In der Politik gibt es ja oft anders als in der Biologie mehrere Väter. Ich war der Erfinder des Briefes zur deutschen Einheit, der auch vor Unterzeichnung des Grundlagenvertrages in Ost-Berlin und nicht nur in Moskau übergeben worden ist. Darin drückt sich aus, daß diese Verträge unserem Ziel, der Selbstbestimmung des deutschen Volkes nicht widersprechen. Auch Frau Wilms hat gerade in der vergangenen Woche erfreulicherweise wieder gesagt, daß sie die Option nicht aufgeben will. Ich begrüße sie als spätes Mitglied der Gemeinde.

Aber ein Akt der Options-Aufgabe ist gar nicht gefragt; niemand verlangt, die Option zu verleugnen, dieses Kind des Grundgesetzes wie der nachfolgenden Politik. Aber diese Option macht sich selbständig; sie entwickelt eine eigene Persönlichkeit, typisch deutsch, in einer Art von Seelenspaltung, und bleibt mit einem Teil auf dem Papier der Verträge, während sie mit dem anderen freudig bewegten Herzens nach Europa eilt, um sich dort unauffindbar mit dem Geist der Integration zu vermischen. Dieses Europa soll unzerbrechbar werden. Eine unauflösbare Union. Hier geht es gar nicht um die Reklamation eines Rechts auf Sezession, das die anderen Partner ohnehin nicht akzeptieren könnten; es geht um ein viel gewaltigeres geschichtsträchtiges Werk: Die Einheit des Marktes, die Einheit des Systems, die Einheit der Wirtschaft wird diese Einheit praktisch unauflösbar machen. Die deutsche Selbstbestimmung, wie sie in all den zurückliegenden Jahren vom Bundesverfassungsgericht formuliert worden und von Regierungen beschworen wurde, wird praktisch verschwinden, ohne expressis verbis aufgegeben zu werden. Bruns sagt: „In Wirklichkeit gibt es zwischen Westintegration und Wiedervereinigungsgerede keine Brücke, sondern ein Entweder/Oder.“ Das ist, mit Verlaub, schon falsch geworden: Das Oder ist schon weg; es gibt nur noch das Entweder. Und die große Masse der Bevölkerung und aller Parteien will es so.

Die Kategorien des Bedauerns einer solchen Entwicklung, des Schmerzes, der verpaßten Gelegenheiten, des nostalgischen Träumens, des geheimen Wunsches, im Negativen des Vorwurfs der Resignation sind gar nicht relevant. Es geht um die Diagnose. Um die Erkenntnis der Wirklichkeit. Wer sie auf dem geduldigen Papier leugnet, ändert sie nicht.

Bleibt die theoretische Möglichkeit, die DDR eines Tages über den Weg des Anschlusses der Europäischen Union und damit der Bundesrepublik einzuverleiben. Ob das unsere Partner in Europa (West) wünschen würden, ist auch noch die Frage; die Art von politischem Zusammenbruch, den das in Ost-Europa voraussetzt, wagt man sich im Interesse des Friedens und der Stabilität nicht auszumalen.

Bei Bruns liest sich das Ergebnis seiner Analyse so: Daß „die Bundesregierung keinerlei Anstalten macht, einen Prozeß einzuleiten, der in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet, sollte ihr nicht vorgeworfen werden, denn für einen solchen Prozeß fehlen alle Voraussetzungen“. Er macht den Vorschlag, in einer Enquete-Kommission zu untersuchen, wie man auf eine Situation reagiert, in der das Ziel der Präambel des Grundgesetzes nicht mehr erreichbar ist. Ich wage die Voraussage, daß diese Bundesregierung diese Anregung nicht aufgreifen wird.

Der Autor legt den Maßstab der Rationalität an und findet, daß eine Politik, die Ziele vorgibt, auch die Mittel und Wege nennen muß, die zu diesem Ziel führen sollen. „Eine Politik, die nur Ziele formuliert ohne die dazugehörigen Mittel anzugeben, ist irrational“. In der Tat unbestreitbar ist seine Feststellung, daß beim formulierten Ziel Wiedervereinigung oder Aufhebung der deutschen Teilung die Angabe der Mittel fehlt, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll. In der Praxis ist zu beobachten, daß operative Ziele der sogenannten Deutschlandpolitik rational sind, das heißt, dem Ziel der deutsch-deutschen Normalisierung auf der Grundlage des geschlossenen Vertrages dienen.

Ich hatte übrigens ganz vergessen, daß Adenauer in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter 1958 ohne Abstimmung mit den Westmächten und seiner eigenen Partei den Vorschlag gemacht hat, der DDR den Status Österreichs zu geben. Wenn das damals rausgekommen wäre, wäre er natürlich gesteinigt worden, wie er zu Recht in seinen Erinnerungen vermutet hat. Österreich II mit Anschlußverbot - das ist in der Tat etwas, das jedenfalls der Nachprüfung in Karlsruhe nicht standgehalten hätte. Auch darüber ist die Zeit hinweggegangen. (-/31.1.1989/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

* * *